

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 10

**Konjunkturstabilisierung,
gegenwärtig das Hauptproblem der
österreichischen Wirtschaftspolitik**

von

Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1954

Konjunkturstabilisierung, gegenwärtig das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaftspolitik

von

Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Herausgeber

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Wien 1954

Konjunkturstabilisierung, gegenwärtig das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaftspolitik

von
Dr. Franz Nemschak

Vortrag, gehalten in der Mitgliederversammlung
der Vereinigung Österreichischer Industrieller am
10. November 1954 in Wien (Brahmssaal, Musik-
vereinsgebäude).

Meine Damen und Herren!

Vor ungefähr eininhalb Jahren, im April 1953, hatte ich die Ehre, in Ihrem Kreise über das damals aktuelle Thema „*Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion*“ zu sprechen. Dieses Ziel wurde inzwischen erreicht, Österreichs Wirtschaft erlebte in den vergangenen Monaten eine beachtliche Expansion und ist in eine Phase der Hochkonjunktur getreten. *Gegenwärtig* ist die Stabilisierung, die Sicherung und Bewahrung dieser günstigen Konjunktur das Hauptanliegen unserer Wirtschaftspolitik.

Ich werde im ersten Teil meines heutigen Vortrages einen *Überblick über die gegenwärtige Wirtschaftslage* vermitteln, und dann eine *Diagnose der wichtigsten konjunkturbestimmenden Faktoren*: Zahlungsbilanz, Binnenkonjunktur und Budget bringen, und schließlich *Maßnahmen zur Sicherung der Konjunktur* besprechen.

Bevor ich jedoch auf mein heutiges Thema eingehe, möchte ich kurz auf meinen vorjährigen Vortrag reflektieren. Ich bekannte mich damals zu den Grundsätzen einer *aktiven Konjunkturpolitik* und vertrat die Auffassung, daß die Stabilisierung der Währung im Jahre 1952 objektiv günstige Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung der Wirtschaft

Gliederung

	Seite
Die gegenwärtige Wirtschaftslage	4
Hochkonjunktur auf breiter Front	5
Wesentliche Unterschiede zwischen den Konjunkturen von 1954 und 1951	7
Diagnose der konjunkturbestimmenden Faktoren	8
Geringe Auftriebskräfte von der Zahlungsbilanz	9
Stärkere Belebung der Binnenkonjunktur	11
Expansive Wirkung des Budgets	12
Ergebnis	16
Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur	17

geschaffen habe, und weiters, daß ein stetiges Wachsen des Sozialproduktes nur bei stabilen Verhältnissen möglich ist. Das Instrumentarium der modernen Konjunkturpolitik sei dabei, so führte ich aus, vielfältig: ein Mehr oder Weniger an Steuern, eine bewußte auf Überschüsse oder Defizite zielende Budgetpolitik, Erhöhung oder Senkung der Bankrate, zusätzliche Kreditschöpfung oder Kreditrestriktion und noch andere Mittel, die je nach dem Verlauf der Konjunktur eingesetzt werden können. Dank einer solchen elastischen, der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßten Konjunkturpolitik sei es möglich, zwischen der Scylla der Inflation und der Charybdis der Deflation durchzusteuern.

Vielleicht ist es gerade in der gegenwärtigen Hochkonjunktur nützlich, an diese Gedankengänge anzuknüpfen und daran zu erinnern, daß die Instrumente einer aktiven Konjunkturpolitik nicht nur dazu dienen, eine stagnierende Wirtschaft anzuregen, sondern daß sie nötigenfalls ebenso konsequent in der entgegengesetzten Richtung eingesetzt werden müssen, wenn die Entfaltung der Konjunktur an ihre natürlichen Grenzen stößt und starke Auftriebskräfte im Zaum gehalten werden müssen. Ich werde in meinem heutigen Vortrage auf diese Überlegungen noch zurückkommen.

Zunächst jedoch möchte ich an Hand einer Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage zeigen, daß es der österreichischen Wirtschaftspolitik in den vergangenen 18 Monaten hervorragend gelungen ist, die Wirtschaft aus ihrer teilweisen Stagnation zu lösen und an einen Zustand der Hochkonjunktur heranzuführen.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage

Der kräftige Konjunkturaufschwung in den vergangenen Monaten wurde hauptsächlich von namhaften Überschüssen in der *Zahlungsbilanz* ausgelöst und getragen. Die Vereinheitlichung der Wechselkurse im Mai 1953, die wirksame Exportförderung durch steuerliche Maßnahmen und nicht zuletzt der harte Zwang des Käufermarktes im Inlande in Verbindung mit einer günstigen Weltkonjunktur haben die wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zum Auslande fast über Nacht grundlegend geändert. Während die laufende Zahlungsbilanz im Jahre 1952 noch ein Defizit von 105 Mill. \$ hatte, war sie im

Jahre 1953 bereits mit 71 Mill. \$ aktiv. Die Devisenreserven erhöhten sich im Vorjahre, als Österreich noch Auslandshilfe erhielt und kurzfristiges Auslandskapital einströmte, sogar um 151 Mill. \$. Im Jahre 1954 dürften die Devisenzuwächse annähernd den gleichen Umfang wie im Jahre 1953 erreichen. Österreich wurde damit innerhalb kurzer Zeit von einem Schuldnerland mit chronischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu einem international angesehenen und kreditwürdigen Gläubigerland mit namhaften Währungsreserven. Die Bestände der Notenbank an Gold und Devisen erreichten Ende Oktober 1954 10,5 Mrd. S und deckten 90% des Notenumlaufes und 67% des gesamten Umlaufes (Noten und freie Giroverbindlichkeiten).

Dieser mächtige Zustrom von Devisen erwies sich als ein konjunkturbelebender Faktor ersten Ranges. Die höheren Exporte an Gütern und Leistungen schufen zunächst zusätzliche Einnahmen in den Exportindustrien, im Fremdenverkehr und in anderen unmittelbar oder mittelbar für ausländische Käufer arbeitenden Betrieben. Mitte 1954 waren nach Schätzungen des Institutes allein in der gewerblichen Wirtschaft rund 154.000 Arbeitskräfte für den Export beschäftigt, um 34.000 mehr als Mitte 1952. Die zusätzlichen Verdienste im direkten und indirekten Exportgeschäft flossen den Unternehmen und Unselbständigen in Form höherer Gewinne und Löhne, den öffentlichen Körperschaften in Form höherer Steuern zu und ermöglichten in weiterer Folge, mehr als bisher für Konsum- und Investitionsgüter auszugeben.

Im Jahre 1953 waren diese Sekundärwirkungen der aktiven Zahlungsbilanz noch durch depressive Einflüsse auf dem Binnenmarkt gehemmt worden. Seit Frühjahr 1954 jedoch greifen die von der aktiven Zahlungsbilanz ausgehenden Auftriebskräfte, dank einem wachsenden Konjunkturoptimismus der privaten Wirtschaft und der reichlichen Dotierung der öffentlichen Budgets, zunehmend auch auf die übrige Wirtschaft über und beleben die Konjunktur auf breiter Front.

Hochkonjunktur auf breiter Front

Wie stark sich die österreichische Wirtschaft im Jahre 1954 ausweitete, hat bereits der Herr Finanzminister in seiner großen Budget-

rede eindrucksvoll dargelegt. Ich möchte mich daher darauf beschränken, einige wenige markante Zahlen in Erinnerung zu rufen. Die *Industrie* erzeugte im August um 20% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres; der saisonbereinigte Produktionsindex war zum ersten Male genau doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes des Institutes ist die Herbstsaison in fast allen Zweigen kräftig angelaufen, vor allem in den Investitionsgüterindustrien, die größere Aufträge erhielten und ihre Lieferfristen vielfach strecken mußten. Die *Bausaison* läuft trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit noch auf vollen Touren. Der Einzelhandel verkaufte im September wertmäßig um 11% und mengenmäßig um 5% mehr als im Vorjahre. Besonders gut gehen nach wie vor dauerhafte Konsumgüter wie Möbel, Elektrogeräte und Fahrzeuge, deren Absatz durch ein reichliches Angebot an Teilzahlungskrediten wirksam gefördert wird. Auch die *Ausfuhr* konnte den hohen Stand, den sie dank der Vereinheitlichung der Wechselkurse im Herbst 1953 erreicht hatte, noch überbieten: ihr Volumen war im September mit 181% von 1937 um 13% höher als im September 1953. Die kräftige Belebung von Produktion und Verbrauch konnte ihre Wirkung auf den *Arbeitsmarkt* nicht verfehlen. Ende September beschäftigte die Wirtschaft um 75.700 oder 3,8% mehr unselbständige Arbeitskräfte als im Vorjahre (Ende Oktober waren es bereits um 82.500 oder 4,1% mehr); das bedeutet eine höhere Beschäftigung als in irgendeinem Zeitpunkt seit 1918. Auch die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden konnte fühlbar reduziert werden, wiewohl binnen Jahresfrist über 38.000 Arbeitskräfte, hauptsächlich Jugendliche, auf den Arbeitsmarkt strömten. Ende September waren bei den Arbeitsämtern nur noch 91.800 Arbeitsuchende registriert — davon war rund ein Drittel nur beschränkt vermittlungsfähig. (Im Laufe Oktober sind, saisonbedingt, ein paar tausend Stellensuchende hinzugekommen.)

Wiewohl die *Landwirtschaft*, nach den bisher vorliegenden Daten, heuer im ganzen nur ungefähr gleich viel produzieren dürfte wie im Jahre 1953 — sie litt unter verhältnismäßig ungünstigem Wetter und konnte daher die Rekordernte des Vorjahres nicht wiederholen — wird das reale österreichische Nationalprodukt im Jahre 1954 voraus-

sichtlich um rund 10% höher sein als im Jahre 1953. Eine ähnlich starke Expansion wurde bisher nur in der durch die Marshall-Plan-Hilfe forcierten Wiederaufbaukonjunktur der Nachkriegsjahre und während der Koreahause im Jahre 1951 erreicht.

Wesentliche Unterschiede zwischen den Konjunkturen von 1954 und 1951

Ebenso eindrucksvoll wie die Stärke des Aufschwunges war die Art und Weise, wie er zustande kam. Ich erwähnte eben, daß das reale Nationalprodukt heuer ungefähr ebenso stark wachsen dürfte wie im Jahre 1951. Im übrigen unterscheiden sich jedoch beide Konjunkturperioden grundlegend voneinander. Die Konjunktur im Jahre 1951 war eine spekulative Hausse mit stark inflationistischem Einschlag, eine Scheinkonjunktur, die früher oder später zusammenbrechen mußte. Preise und Löhne stiegen um 30 bis 40%, die Spartätigkeit erlahmte, die Betriebe häuften in Erwartung weiterer Preissteigerungen Vorräte an und nahmen vielfach Investitionen vor, die sich bei stabilem Geldwert als Fehlinvestitionen herausstellen mußten. Dazu kam, daß die Koreahause in Österreich erst ihren Höhepunkt erreichte, als auf den Weltmärkten bereits eine rückläufige Konjunkturbewegung im Gange war. Die Folgen waren ernste Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die eine reibungslose Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit lebenswichtigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln in Frage stellten. (Ich erinnere hier nur daran, daß die österreichische Zahlungsbilanz im Jahre 1951 mit 176 Mill. \$ defizitär war.)

Die gegenwärtige Konjunktur dagegen beruht auf einer viel gesünderen und dauerhafteren Grundlage. Wohl war auch heuer die Ausweitung der Produktion von einer Tendenz leicht steigender Preise begleitet. Die Preissteigerungen waren aber nicht nur viel geringer als während der Koreahause — Mitte Oktober lagen die Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten um 6% und 3% über dem Vorjahresstand —, sondern gingen teilweise auf Ursachen zurück, die mit dem Konjunkturaufschwung nur in sehr losem Zusammenhang standen. (Die hohen Gemüsepreise z. B. hingen mit der witterungsbedingt schlechten Gemüseernte und die Verknappung von Fleisch teilweise mit dem „Schweinezyklus“ zusammen.) Der überwiegende Teil

der Industrie konnte jedoch die Produktion bei stabilen, vielfach sogar bei leicht sinkenden Preisen ausweiten. Spekulative Übersteigerungen der Konjunktur waren bisher nicht zu beobachten. Die Bevölkerung spart mehr als je zuvor: der Zuwachs an Spareinlagen war in den ersten drei Quartalen 1954 mit 2,1 Mrd. S um 58% höher als im Vorjahre; die Vorräte der Betriebe sind eher zu knapp als zu groß und die Ertragschancen bieten wenig Anlaß zu spekulativen Investitionen. Für die Solidität der gegenwärtigen Expansion der Wirtschaft spricht auch der Umstand, daß sie sich bei aktiver Zahlungsbilanz und in einer Phase steigender Konjunktur in Westeuropa vollzieht.

Diagnose der konjunkturbestimmenden Faktoren

Der berechnete Stolz auf den kräftigen Aufschwung der österreichischen Wirtschaft und die wachsende Zuversicht, daß eine gute Konjunktur nicht Schicksal, sondern das Ergebnis einer planmäßig gestalteten Wirtschaftspolitik ist, dürfen uns jedoch nicht davon abhalten, auch die *Gefahren der gegenwärtigen Wirtschaftslage* zu sehen. Die starke Expansion der Wirtschaft beginnt unverkennbar an Grenzen zu stoßen, die künftig eine merkliche Verlangsamung des Wachstums erzwingen werden. Das Sozialprodukt konnte bisher nur deshalb so schnell zunehmen, weil zu Jahresbeginn noch in größerem Umfang Arbeitskräfte unbeschäftigt und sachliche Produktionsmittel unausgenützt waren. Außerdem besaß die Wirtschaft namhafte Produktivitätsreserven, die während der Stabilisierungskrise gebildet wurden, infolge stagnierenden Absatzes aber nicht realisiert werden konnten. Diese Reserven sind heute größtenteils erschöpft. Gewiß könnten manche Zweige ihre Produktion auch kurzfristig noch stärker ausweiten, wenn es der Absatz zuließe. Ich denke hier vor allem an die Textilindustrie und an die Schuhindustrie. Auch sonst kommen viele kleinere und weniger leistungsfähige Betriebe erst dann zum Zuge, wenn die modern ausgestatteten Groß- und Mittelbetriebe voll ausgelastet sind. Auf der anderen Seite aber zeichnen sich in einer wachsenden Zahl von Branchen bereits deutlich Engpässe ab. Das Baugewerbe, die Baustoffindustrie, die Papierindustrie, wichtige Zweige der Eisen- und Metallindustrien und viele Grundstoffindustrien nützen ihre Kapazität voll

aus. Auch elektrische Energie dürfte in diesem Winter wieder knapp werden, wenn der Verbrauch weiter so stark wächst wie bisher. (Im Jahre 1954 stieg der Stromverbrauch um 14%, während das österreichische Aufbauprogramm auf einer normalen Zuwachsrate von 7% basiert.) In anderen Zweigen stehen zwar noch freie Kapazitäten zur Verfügung, aber es mangelt an geschulten Arbeitskräften oder an Rohstoffen, z. B. an Holz. Unter diesen Umständen wird das Sozialprodukt künftig nur noch verhältnismäßig langsam — in dem Ausmaße, als die Produktivität steigt und Produktions- und Nachfragestruktur besser aufeinander abgestimmt werden — ausgeweitet werden können. Wir müssen daher ins Auge fassen, daß die Expansionsrate von etwa 10% im Jahre 1954 um rund die Hälfte im kommenden Jahre sinken wird.

Dieser Verlangsamung des Expansionsstemplos, die durch die Knappheit und den Ergiebigkeitsgrad der Produktionsfaktoren erzwingen wird, muß sich künftig auch die kaufkräftige Nachfrage — der Konsum sowie die öffentliche und private Investitionstätigkeit — anpassen, wenn eine *gefährliche Übersteigerung der Konjunktur* vermieden werden soll. Wie liegen die Dinge praktisch? Besteht auf Grund der absehbaren Entwicklungstendenzen ausreichende Sicherheit oder zumindest begründete Hoffnung, daß diese für die Stabilisierung der Hochkonjunktur notwendige Bedingung — nämlich Anpassung der kaufkräftigen Nachfrage an die realen Produktionsmöglichkeiten — auch tatsächlich erfüllt wird? Oder konkreter ausgedrückt: Wird die zeitweise sehr stürmische Ausweitung der Gesamtnachfrage in den vergangenen Monaten künftig so sehr an Schwung verlieren, daß die reale Güterproduktion mit ihr Schritt halten kann? Eine Analyse der wichtigsten konjunkturbestimmenden Faktoren führt zu folgenden Ergebnissen.

Geringere Auftriebskräfte von der Zahlungsbilanz

Von der *Zahlungsbilanz*, dem bisher wichtigsten expansiven Faktor, dürften künftig tatsächlich nur noch verhältnismäßig schwache Auftriebskräfte ausgehen. Die Devisenüberschüsse sind bereits in den letzten Monaten fühlbar kleiner geworden. Während im Vorjahr von

Mai bis September noch 3,3 Mrd. S Gold und Devisen der Notenbank zuströmten, waren es in der gleichen Zeit heuer nur noch knapp 2 Mrd. S. Die Überschüsse im Zahlungsverkehr mit der EZU gingen im gleichen Zeitraum von 68,3 Mill. \$ auf 21,7 Mill. \$ zurück. Die Verlangsamung des Devisenzustroms zur Notenbank mag teilweise nur eine Folge der Dezentralisierung des internationalen Zahlungsverkehrs und der damit zusammenhängenden Devisenkäufe der Kommerzbanken sein. Zum überwiegenden Teil handelt es sich aber doch um einen echten Abbau der Zahlungsbilanzüberschüsse.

Diese Tendenz dürfte auch künftig anhalten. Dafür spricht die weitere Liberalisierung der Einfuhr, der Wegfall bestimmter einmaliger Deviseneinkünfte, wie der Auslandshilfe und des Rückflusses von Fluchtkapital, vor allem aber die fortschreitende Belebung der Binnenkonjunktur. Die Ausweitung der Produktion erfordert mehr Rohstoffe und Halbfabrikate, viele Betriebe legen vorsorglich auch wieder größere Vorräte an und bemühen sich, Verknappungen im Inlande durch zusätzliche Importe zu überbrücken. Selbst der Bedarf an Gütern, die bisher ausschließlich von heimischen Erzeugern bezogen wurden, wie etwa Schrauben und bestimmte Sorten Papier und Holz, werden infolge Verknappung und Verteuerung im Inland teilweise wieder aus dem Auslande befriedigt. Gleichzeitig schwächt die Binnenkonjunktur auch den Export. Viele Waren werden in geringeren Mengen exportiert, sei es, weil der Export angesichts der guten Absatzchancen im Inlande nicht mehr lohnend erscheint, oder weil die Wirtschaftspolitik die Ausfuhr im Interesse einer besseren Inlandsversorgung künstlich drosselt (Holz und Fleisch). Dazu kommt, daß infolge der schlechteren Ernte und geringeren Vorräte in den kommenden Monaten erheblich mehr landwirtschaftliche Produkte eingeführt werden müssen als im Vorjahre. Allein der Importbedarf an Brotgetreide wird für das Wirtschaftsjahr 1954/55 auf 350.000 t geschätzt, während im Wirtschaftsjahr 1953/54 mit 162.000 t das Auslangen gefunden werden konnte. (Der Mehrimport an Brotgetreide wird die Zahlungsbilanz mit etwa 17 Mill. \$ belasten.)

Auf der anderen Seite darf nicht überschehen werden, daß die anhaltend gute Konjunktur Westeuropas, insbesondere Westdeutschlands,

einem raschen Abbau der Devisenüberschüsse entgegenwirkt. Westdeutschland ist in den letzten Monaten zum weitaus wichtigsten Handelspartner Österreichs geworden: es lieferte in den beiden letzten Monaten 40% aller Importe und nahm 25 bis 30% aller österreichischen Exporte auf. Die unmittelbar bevorstehende Wiederaufrüstung wird der westdeutschen Konjunktur zusätzliche Impulse geben und damit auch dem österreichischen Export neue Chancen eröffnen. Im ganzen gesehen dürften daher die von der Zahlungsbilanz ausgehenden Konjunkturimpulse wohl schwächer, aber nicht wirkungslos werden.

Stärkere Belebung der Binnenkonjunktur

Dagegen gewinnt die Binnenkonjunktur, die sich bisher nur im Schlepptau der aktiven Zahlungsbilanz entfaltet hat, dank zusätzlichen „autonomen“ Impulsen, wachsende Bedeutung. Die rasche Belebung der Wirtschaft nährt einen kräftigen Konjunkturoptimismus. Die Erwartung weiter steigender Umsätze und die immer fühlbarer werdenden Verknappungen an qualifizierten Arbeitskräften und bestimmten sachlichen Produktionsmitteln regen die Wirtschaft zu umfangreichen Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen an. Auch steuerliche Erwägungen spielen eine Rolle: die Investitionsrücklage II muß noch in diesem Jahre verwendet werden und die im Exportförderungsgesetz verankerte steuerliche Bewertungsfreiheit kann nur für Neuinvestitionen des laufenden Jahres beansprucht werden. Nach Berechnungen des Institutes wurden bereits im II. Quartal 1954 um 24% mehr Maschinen und sonstige Güter des beweglichen Anlagevermögens investiert als im II. Quartal 1953. Wie die wachsenden Auftragsbestände in den Investitionsgüterindustrien zeigen, hat die Neigung zum Investieren im Herbst weiter zugenommen.

Auch in der Lagerpolitik bahnt sich eine Wende an. Hatten sich die Betriebe bisher — vielfach noch unter dem Eindruck der Lagerverluste, die sie beim Übergang zu stabilen Währungsverhältnissen im Jahre 1952 erlitten hatten — bemüht, ihre Vorräte möglichst klein zu halten, so bestimmt sie nunmehr die Sorge um einen kontinuierlichen Fluß der Produktion und das Bestreben, auch für unvorhergesehene Nachfragestöße gerüstet zu sein, wieder ausreichende Lager an Roh-

Halb- und Fertigwaren anzulegen. Der überwiegende Teil der am Konjunkturtest des Institutes teilnehmenden Firmen der Industrie und des Groß- und Kleinhandels hält seine Vorräte für zu klein oder höchstens ausreichend. Nur verhältnismäßig wenigen Betrieben erscheinen ihre Lager zu groß.

Die Mittel für die zusätzlichen Investitionen und die Vorratskäufe stammen größtenteils aus den mit der Produktion wachsenden Erträgen und aus Reserven, die viele Unternehmer in den letzten Jahren vorsorglich angelegt haben. Außerdem ist der Kreditapparat in wachsendem Maße bereit, die vielfältigen Bedürfnisse der kreditsuchenden Unternehmungen zu befriedigen. Kennzeichnend hierfür sind verschiedene Sonderaktionen zu ermäßigten Zinssätzen, die Vorfinanzierung von ERP-Krediten für den Fremdenverkehr und vor allem die stärkere Pflege des bisher vielfach vernachlässigten langfristigen Kredites und der Kleinkredite. Das kommerzielle Kreditvolumen stieg im III. Quartal 1954 um $1\frac{1}{4}$ Mrd. S stärker, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, und war um 716 Mill. S größer als der Zuwachs an Spareinlagen.

Expansive Wirkung des Budgets

Schließlich muß bei der Erörterung der Datenkonstellation der Wirtschaft auch der *Einfluß des Budgets* auf die weitere Konjunktur-entwicklung berücksichtigt werden. Der Bund wird im kommenden Jahre im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 24,8 Mrd. S ausgeben, um 2,2 Mrd. S oder 10% mehr, als im Voranschlag 1954 vorgesehen war. Etwa die Hälfte des Mehraufwandes entfällt auf höhere Personalausgaben infolge der Nachziehung der Beamtengehälter und der Erweiterung des Kulturbudgets. Der Rest dient hauptsächlich investitionsähnlichen Zwecken. Der Bund wird im Jahre 1955 im ordentlichen und außerordentlichen Budget 4,6 Mrd. S investieren, um über 1 Mrd. S oder 30% mehr als im Jahre 1954 und um 1,9 Mrd. S oder 70% mehr als im Jahre 1953. Berücksichtigt man auch die Investitionen der beiden staatlichen Wohnbaufonds, die nicht im Bundeshaushalt ausgewiesen werden, und die Budgets der Gebietskörperschaften, so dürften im kommenden Jahre 7 bis 8 Mrd. S öffentliche

Mittel für Investitionen bereitgestellt werden, die großteils in die Bauwirtschaft fließen werden.

Der Bundesvoranschlag 1955 rechnet mit laufenden Einnahmen von 22,2 Mrd. S, d. s. um 1,5 Mrd. S mehr als im Bundesvoranschlag 1954. Diese Erwartung wird durch die anhaltend günstige Konjunktur gerechtfertigt, die höhere Erträge aus Steuern, steuerähnlichen Abgaben und Tarifen verspricht. Trotzdem werden im ordentlichen Budget laufende Ausgaben in Höhe von 870 Mill. S nicht durch laufende Einnahmen gedeckt werden. Zu diesem im ordentlichen Haushalt veranschlagten Defizit kommen bekanntlich 1,7 Mrd. S für Investitionen im außerordentlichen Budget.

Es wäre irreführend, diese beiden Beträge, die 870 Mill. S des ordentlichen und die 1,7 Mrd. S des außerordentlichen Budgets, einfach zu summieren und aus dem Gesamtdefizit von 2,6 Mrd. S auf eine entsprechend expansive Wirkung des Bundeshaushaltes 1955 zu schließen. In Wirklichkeit liegen die Dinge nicht so einfach. Wer etwa an Hand des Voranschlages 1954, der formal ein Defizit von 1,8 Mrd. S ausweist, die konjunkturpolitische Erwägung anstellt, vom Budget sei ein expansiver Effekt in entsprechender Höhe zu erwarten, mußte zu völlig falschen Schlußfolgerungen kommen. Denn tatsächlich wird das Budget 1954, wie man heute bereits überblicken kann, am Jahresende ausgeglichen sein und sich daher konjunkturpolitisch ebenso neutral verhalten wie das Budget 1953: die laufenden Einnahmen werden bis Jahresende nicht nur die laufenden Ausgaben, sondern auch die Investitionen im außerordentlichen Budget decken, wiewohl der Bund im Laufe des Jahres 1954 namhafte zusätzliche Belastungen (durch Vorverlegung der zweiten Etappe des Nachziehverfahrens, Erhöhung der Renten, Beseitigung der Hochwasserschäden) übernehmen mußte und die Ermäßigung der Lohnsteuer ab Anfang 1954 kräftiger ausfiel, als bei der Erstellung des Budgets angenommen werden konnte.

Im Budgetjahr 1955 werden allerdings andere Voraussetzungen bestehen. Aus zwei Gründen vor allem werden die Ergebnisse nicht so günstig sein wie in den Jahren 1953 und 1954, als der gesamte Haushalt ausgeglichen war: *erstens*, weil der veranschlagte Gesamtabgang von 2,6 Mrd. S für 1955 doch bedeutend höher ist als in den letzten

blem. *Konjunkturpolitisch* gesehen jedoch — und darauf kommt es in unserer Diagnose an — würde die Inanspruchnahme des Geld- und Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand unter den gegebenen Verhältnissen, angesichts der verstärkten Investitionsbereitschaft und des steigenden Kreditbedarfes der Wirtschaft in Verbindung mit der hohen Liquidität der Kreditinstitute, zwangsläufig *expansiv* wirken.

Ergebnis

Diese Überlegungen über Stärke und Entwicklungstendenzen der wichtigsten konjunkturbestimmenden Faktoren — der Zahlungsbilanz, der privaten Investitionen und des Budgets — münden in eine, wie ich glaube, schlüssige Konjunkturdiagnose: in der österreichischen Wirtschaft vollzieht sich gegenwärtig bei annähernder Vollbeschäftigung der Produktivkräfte ein bemerkenswerter Szenenwechsel. Die Überschüsse in der Zahlungsbilanz — die Hauptursache des bisherigen Konjunkturaufschwunges — gehen langsam zurück, während gleichzeitig aus den hohen liquiden Mitteln, die sich in den letzten Jahren bei den Kreditinstituten und in der öffentlichen und privaten Wirtschaft angesammelt haben, in steigendem Maße öffentliche und private Investitionen finanziert werden.

Diese Schwergewichtsverlagerung der Auftriebskräfte von der Außenwirtschaft auf die Binnenwirtschaft liegt zweifellos im Interesse der österreichischen Wirtschaft. Es widerspricht der wirtschaftlichen Vernunft und dem natürlichen Strom der internationalen Kapitalbewegung, wenn die im Vergleich zum westeuropäischen Durchschnitt schwächere und unterentwickelte österreichische Wirtschaft dauernd einen erheblichen Teil des im Inland nicht konsumierten Sozialproduktes ohne unmittelbare Gegenleistung dem Ausland zur Verfügung stellt, statt es im Inland für produktivitätssteigernde und wohlstandsmehrende Investitionen zu verwenden.

Hier taucht allerdings ein brennendes Problem auf. Es ist die Frage, ob mit dieser Verlagerung von der Außen- auf die Binnenwirtschaft auch die Auftriebskräfte insgesamt um so viel schwächer werden, als gleichzeitig die reale Expansionsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft abnimmt. Denn von dieser Voraussetzung hängt es ab, ob sich die

Jahren — die bereits beschlossene Vorverlegung der dritten Etappe des Nachziehverfahrens auf Mitte 1955 und die geplante weitere Senkung der Einkommensteuer sind im Voranschlag bekanntlich noch nicht berücksichtigt — und *zweitens*, weil aus den früher erwähnten Gründen das Sozialprodukt und mit ihm die Steuereingänge künftig verhältnismäßig langsamer zunehmen werden.

Trotzdem kann damit gerechnet werden, daß auch im nächsten Jahr das ordentliche Budget ausgeglichen sein wird, da im Voranschlag 1955, wie in den Voranschlägen der vergangenen Jahre, sowohl die Ausgabenverpflichtungen als auch die Einnahmen des Bundes vorsichtig präliminiert wurden. Auf eine stille Reserve hat der Herr Finanzminister schon in seiner Budgetrede hingewiesen: die Höhe der Arbeitslosenunterstützungen und der Notstandshilfe wurde auf Grund eines durchschnittlichen Standes von 140.000 Unterstützungsberechtigten kalkuliert, während es bei anhaltend guter Konjunktur möglich sein müßte, die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt unter 120.000 zu senken. Wahrscheinlich werden — wenn das Sozialprodukt wächst — auch die Einnahmen aus Steuern und Tarifen höher sein, als im Budget veranschlagt wurde. Jedenfalls kann mit einiger Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß der auf 870 Mill. S geschätzte Abgang im ordentlichen Haushalt durch Ausgabenersparungen und Mehreinnahmen ausgeglichen werden wird.

Anders steht es mit dem *außerordentlichen Budget*, das Investitionen in Höhe von 1,7 Mrd. S vorsieht. Da Überschüsse aus dem ordentlichen Budget kaum zur Verfügung stehen dürften, werden die vorgesehenen Investitionen ganz oder zumindest großteils durch Anleihen finanziert werden müssen. Gewiß wird der Staat die erforderlichen Mittel mühelos aufbringen. Zum Teil verfügt er ja noch über Anleiheerlöse, die er sich vorsorglich bereits im Jahre 1954 gesichert und, dank der günstigen Budgetlage, nicht verbraucht hat. Den Rest kann er sich, ohne die Kreditversorgung der übrigen Wirtschaft zu schmälern, von den Kapitalsammelstellen, vor allem von den Sparkassen, beschaffen, die bisher erst einen Teil ihrer Spareinlagen veranlagt haben. Die Finanzierung der Investitionen des außerordentlichen Budgets ist daher finanzpolitisch und finanztechnisch kein Pro-

Wirtschaft gleichsam automatisch und reibungslos in einen Zustand der Hochkonjunktur halten kann, oder ob sich mehr oder minder starke Spannungen im Gefüge der Wirtschaft ergeben werden. Wenn ich alle maßgeblichen Faktoren abwäge, so glaube ich, daß große Vorsicht geboten ist. Die Wirtschaftspolitik sollte zumindest mit der Möglichkeit rechnen, daß die gesamte kaufkräftige Nachfrage künftig stärker zunehmen wird, als die Produktion ausgeweitet werden kann, und sie sollte für diesen Fall heute schon geeignete Maßnahmen ins Auge fassen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, mich nicht mißzuverstehen: ich plädiere keineswegs dafür, das Steuer der Wirtschaftspolitik radikal herumzuwerfen. Ein solches Vorgehen wäre nicht nur unbedeutend, sondern auch gefährlich. Überstürzte Restriktionsmaßnahmen könnten das aufkeimende Vertrauen zu einem steten Wirtschaftsaufschwung zerstören, sie würden Unruhe und Verwirrung stiften und nicht zu einer Stabilisierung der Hochkonjunktur, sondern zu einem neuen Rückschlag führen.

Die immer deutlicher werdenden Grenzen einer weiteren wirtschaftlichen Expansion legen jedoch nahe, die noch immer sehr starken und möglicherweise übermächtig werdenden Auftriebskräfte vorsichtig und unter Bedachtnahme auf die jeweilige wirtschaftliche Situation zu zügeln, *bevor* auf breiter Front die Symptome einer Überkonjunktur sichtbar werden. Wenn in größeren Bereichen der Wirtschaft Preise und Löhne zu steigen begännen, wenn die nüchterne kaufmännische Kalkulation einer Hausstimmung weiche, in der jede Investition rentabel und jede Ware absatzfähig erscheint, kurz, wenn die auf einem gesunden Optimismus beruhende Hochkonjunktur in eine hektisch gesteigerte Überkonjunktur umschlüge, *dann* wäre es bereits zu spät. Eine Überkonjunktur läßt sich nicht mehr schmerzlos stabilisieren, sondern mündet früher oder später in einen Konjunkturrückschlag, ebenso wie ein durch Narkotika künstlich hochgepeitschter Organismus erst das Wellental einer mehr oder weniger schweren Depression durchschreiten muß, bevor er wieder einen normalen Gleichgewichtszustand findet.

Es ist daher die Sorge um die Stabilität des Geldwertes *und* das Interesse an einer stetigen Expansion der Wirtschaft, d. h. an einem

kontinuierlichen Steigen des Realeinkommens und an einer dauernd hohen Beschäftigung, die zu einem behutsamen Anziehen der konjunkturpolitischen Bremsen, zu einer — wenn ich so sagen darf — „Politik der kleinen Schritte“ rät. Dabei ist an verschiedenes zu denken.

Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur

Um übermäßige Auftriebskräfte vom Inlandsmarkt abzulenken, könnte vor allem erwogen werden, das Einfuhrventil stärker zu öffnen. Eine weitere *Liberalisierung der Einfuhr* würde das im Inland verfügbare Güterangebot vermehren und Engpässe mildern. In vielen Fällen wird schon die potentiell drohende Konkurrenz des Auslandes genügen, Preisauftriebenden einzudämmen und die Gewerkschaften, die meist sehr realistisch die Chancen von Lohnforderungen abschätzen, zu einer vorsichtigen Lohnpolitik bewegen. In diesem Lichte gesehen, trägt die vor kurzem beschlossene Erhöhung der Liberalisierung von 75% auf 83% nicht nur den internationalen Verpflichtungen Österreichs als Gläubigerstaat im Rahmen der EZU, sondern auch der inneren österreichischen Konjunkturlage Rechnung.

Im Interesse der Konjunkturstabilisierung läge es weiters, vorzusehen, daß die *hohen Liquiditätsreserven*, über die gegenwärtig der Kreditapparat verfügt, nur verhältnismäßig langsam und dosiert in die Wirtschaft fließen. Ich verkenne keineswegs, daß die brachliegenden Mittel die Ertragslage der Kreditinstitute fühlbar belasten und daß die Wirtschaft, um Produktion und Beschäftigung auszuweiten, kurz- und langfristige Mittel vom Kreditapparat braucht. Ich selbst bin vor kurzem öffentlich dafür eingetreten, daß die Ersparnisse, die gegenwärtig in verhältnismäßig liquider Form den Kapitalsammelstellen zugeteilt werden, grundsätzlich nicht nur der öffentlichen Hand und eventuell noch dem Wohnungsbau zugute kommen, sondern zumindest teilweise auch der Industriefinanzierung dienstbar gemacht werden. In der gegenwärtigen Konjunkturlage jedoch sollte der Abfluß flüssiger Mittel aus dem Kreditapparat nicht forciert, sondern möglichst im Einklang mit den Produktionsmöglichkeiten gesteuert werden. Man muß dabei nicht nur an Produktivkredite denken, sondern auch an Konsumkredite.

Auch die *Konsumfinanzierung* läßt sich nach gesamtwirtschaftlichen Kriterien lenken. Das Raten- oder Teilzahlungsgeschäft hat in den letzten Jahren in Österreich stark an Bedeutung gewonnen. Eine Untersuchung, die das Institut mit Hilfe der am Konjunkturtest teilnehmenden Einzelhandelsfirmen durchführte — die Ergebnisse werden in einer Beilage gleichzeitig mit dem nächsten Monatsbericht des Institutes veröffentlicht —, ergab, daß im Jahre 1953 Waren im Werte von rund 2 Mrd. S gegen Teilzahlungskredite verkauft wurden. Im Jahre 1954 dürften die Kreditumsätze fast 3 Mrd. S erreichen. Umsätze dieser Größenordnung sind auch konjunkturpolitisch nicht zu unterschätzen. Die Ausweitung des Ratengeschäftes ist nicht grundsätzlich zu verurteilen. Sie erlaubt auch minderbemittelten Käuferschichten, denen es erfahrungsgemäß nur selten gelingt, größere Mittel für einmalige Anschaffungen zurückzulegen, dauerhafte Konsumgüter zu erwerben und steigert die Produktivität im Haushalt. Der Konsumkredit hat jedoch die unangenehme Eigenschaft, daß er die Konjunkturschwankungen verstärkt. Im Konjunkturaufschwung, wenn ohnehin expansive Faktoren einen hohen Beschäftigtenstand sichern, dehnt sich das Ratengeschäft übermäßig aus. Bei rückläufiger Konjunktur dagegen — wenn aus beschäftigungspolitischen Gründen eine Stützung des privaten Konsums dringend erwünscht wäre — geht auch das Volumen der Teilzahlungskredite zurück und verschärft den Konjunkturrückschlag. Der Verzicht auf eine Forcierung des Teilzahlungskredites mittels Sonderaktionen und gegebenenfalls bestimmte Kontrollen des normalen Konsumkredites, wie sie zurzeit bereits in den USA, dem klassischen Land des Ratengeschäftes angewendet und in Westdeutschland erwogen werden, könnten die Konsumenten vor einer übermäßigen Verschuldung bewahren und die Konsumausgaben zu Gunsten relativ kurzlebiger Konsumgüter, wie Textilien und Schuhe, verlagern, deren Produktion noch stark erweiterungsfähig ist.

Eine besondere Schwäche der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß der traditionelle Hüter der Währung — die *Notenbank* — zwar durch währungspolitische Deklarationen seine Ansichten über die jeweilige Währungslage bekanntgeben kann, aber selbst über keine ausreichenden wirtschaftspolitischen Möglichkeiten verfügt, die Wirt-

schaft in die gewünschte Richtung zu lenken. Die auch unter günstigen Bedingungen nur beschränkt wirksame Diskontpolitik der Notenbank ist gegenwärtig fast wirkungslos, da die Kreditinstitute dank ihren überreichen flüssigen Mitteln nicht auf den Rediskont bei der Notenbank angewiesen sind. Gewiß könnten die noch geltenden Abkommen zwischen Finanzministerium und wichtigen Gruppen von Kreditinstituten über quantitative und qualitative Kreditkontrollen den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt und bewußt zur Steuerung des Geldmarktes eingesetzt werden. Eine solche Lösung würde jedoch die Verantwortung für die Geldpolitik allzu einseitig dem Finanzministerium aufbürden, das in der Regel an einem reichlichen Angebot billiger Kredite interessiert ist und daher nicht immer währungspolitische Belange ebenso objektiv wahren kann wie die Notenbank. Die Erfahrungen in anderen Ländern — ich verweise hier insbesondere auf die langjährigen Auseinandersetzungen zwischen Schatzamt und Federal Reserve Board in den USA nach dem Kriege — haben jedenfalls gezeigt, daß eine gesamtwirtschaftlich orientierte Konjunkturpolitik durch eine vernünftige Aufgabenteilung zwischen Finanz- und Währungsbehörden wesentlich erleichtert werden kann. Anläßlich der Neufassung des Notenbankstatutes sollte daher darauf geachtet werden, daß der Notenbank nicht nur Verpflichtungen auferlegt, sondern auch ausreichende wirtschaftspolitische Instrumente in die Hand gegeben werden, damit sie den Geld- und Kapitalmarkt wirksam regulieren kann.

Besonderes Augenmerk verdienen schließlich, angesichts der sehr verschiedenen Situation in den einzelnen Branchen und der großen Zahl nur bedingt einsatzfähiger Arbeitskräfte, wie ich glaube, *selektive Maßnahmen*, die die Nachfrage nicht generell beschränken, sondern nur auf die Beseitigung spezifischer Engpässe in einzelnen Wirtschaftsbereichen zielen. An verschiedenes ist dabei zu denken: an die Möglichkeit, die Nachfrage von den Engpässen weg in andere noch expansionsfähige Zweige abzulenken, oder an eine Vergrößerung des Angebotes knapper Produkte, oder auch an die Umschulung von Arbeitskräften. In dieser Richtung hat die Wirtschaftspolitik bereits einiges getan, wenngleich nicht immer mit ausreichendem Erfolg. Ich ver-

weise hier auf die Bemühungen zur Stabilisierung der Fleischpreise und die vor kurzem verfügbaren Beschränkungen der Holzausfuhr. Wie ich schon erwähnte, könnte die von verhältnismäßig wenigen Instituten betreute Konsumfinanzierung bewußter als bisher die Nachfrage von bereits voll ausgelasteten Zweigen auf noch unterbeschäftigte Bereiche ablenken. Ich könnte mir weiters vorstellen, daß sich künftig auch die öffentliche Bautätigkeit grundsätzlich nach konjunkturpolitischen Gesichtspunkten orientiert. Sollte im kommenden Frühjahr die Nachfrage nach Bauleistungen die Produktionsmöglichkeiten übersteigen und die zusätzlich vorgesehenen öffentlichen Mittel nicht zusätzlich Beschäftigung schaffen, sondern nur die Baupreise und Löhne in die Höhe treiben, dann läge es auch im Interesse der einzelnen Ressorts, die öffentlichen Bauaufträge über einen längeren Zeitraum zu erstrecken.

Alle diese von mir nur beispielhaft angeführten Maßnahmen sind Elemente einer *aktiven Konjunkturpolitik*. In ihrem vielfältigen Instrumentarium nimmt das *Budget des Staates* einen besonderen Rang ein. Mit seiner Hilfe hat es die moderne Wirtschaftspolitik in der Hand, die Konjunkturentwicklung verhältnismäßig rasch und wirkungsvoll zu beeinflussen. Wie ich bereits zu Beginn meines Vortrages ausführte, erschöpft sich aktive Konjunkturpolitik nicht in "deficit spending", der Staat hat nicht nur die Aufgabe, durch öffentliche Aufträge eine stagnierende Wirtschaft anzukurbeln, sondern gegebenenfalls die Bremse rechtzeitig zu ziehen, wenn eine Hochkonjunktur in eine Überkonjunktur überzugehen droht. Bekanntlich wurde das zehnjährige Investitionsprogramm der österreichischen Regierung, das im außerordentlichen Budget 1955 mit 1,3 Mrd. S berücksichtigt ist, auf dem Grundsatz aufgebaut, daß es nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel verwirklicht werden soll. Diese Einschränkung mag gegenwärtig keine ausreichende Sicherung bieten, da sich der Staat unter den gegebenen Verhältnissen leicht die erforderlichen Mittel beschaffen kann. Andererseits hat die Regierung seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß ihrem langfristigen Investitionsprogramm vor allem auch konjunkturpolitische Bedeutung zukomme. Wir dürfen daher annehmen, daß sich die Regierung im Falle von Anzeichen einer übersteigerten Hochkonjunktur auf diese konjunkturpolitischen Überlegungen besinnen wird.

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Monatsberichte, Jg. I—XXVII (1927—1954)

Die *Monatsberichte* (die seit April 1947 wieder regelmäßig monatlich erscheinen) vermitteln ein anschauliches Bild der Lage und der Hauptprobleme der österreichischen sowie der internationalen Wirtschaft auf dem Gebiete der Währung, des Geld- und Kapitalmarktes, des Staatshaushaltes, der Preise, der Lebenshaltungskosten und Löhne, der Ernährung, der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, der Industrieproduktion, der Umsätze, der Arbeitslage, des Verkehrs und des Außenhandels.

Beilagen zu den Monatsberichten

- Nr. 1 Die wirtschaftliche Lage Englands. Juni 1947.
- Nr. 2 Das Kraftfahrwesen Österreichs im Jahre 1947. August 1947.
- Nr. 3 Die wirtschaftliche Lage Ungarns. November 1947.
- Nr. 4 Die Ernährungsbilanz Österreichs im Wirtschaftsjahr 1946/47. Dezember 1947.
- Nr. 5 Gegenwartsprobleme der Weltwirtschaft. Jänner 1948.
- Nr. 6 Das Außenhandelsvolumen Österreichs im Jahre 1947. Februar 1948.
- Nr. 7 Das österreichische Preissystem und seine Veränderungen nach dem Währungsschutzgesetz. April 1948.
- Nr. 8 Die österreichische Lohnpolitik seit Kriegsende. März 1949.
- Nr. 9 Der Index der österreichischen Industrieproduktion. November 1949.
- Nr. 10 Der Preisindex für Bauleistungen. April 1950.
- Nr. 11 Beschäftigung und Produktivität im österreichischen Bergbau von 1913 bis 1950. Juli 1950.
- Nr. 12 Ertragssteigerung der österreichischen Landwirtschaft durch intensivere Verwendung von Handelsdünger. August 1951.
- Nr. 13 Österreichs Beschäftigungsstruktur in den Jahren 1938, 1948 und 1950. Jänner 1951.
- Nr. 14 Ein neuer Index der Einzelhandelsumsätze. April 1951.
- Nr. 15 Das fünfte Preis-Lohn-Abkommen. August 1951.
- Nr. 16 Österreichs Außenhandel seit Ausbruch des Koreakonfliktes. September 1951.
- Nr. 17 Lohnkosten und Wettbewerbslage. Juli 1952.
- Nr. 18 Die Krise in der österreichischen Textilindustrie. November 1952.
- Nr. 19 Die Stellungnahme der Exportindustrie zur Kursvereinheitlichung. Mai 1953.
- Nr. 20 Österreich und das europäische Zahlungsbilanzproblem. Juli 1953.
- Nr. 21 Ein Index der Bruttoinvestitionen. August 1953.
- Nr. 22 Zur Frage des Wohnungsdefizites in Österreich. Oktober 1953.
- Nr. 23 Wirtschaftliche Aspekte der österreichischen Bevölkerungsentwicklung. November 1953.
- Nr. 24 Zur Reform des österreichischen Zolltarifes. Februar 1954.
- Nr. 25 Österreichs Eisenexport und die Montan-Union. April 1954.
- Nr. 26 Die Belastung der Lebenshaltungskosten mit indirekten Steuern. Mai 1954.
- Nr. 27 Die österreichische Wohnungswirtschaft. Oktober 1954.
- Nr. 28 Der Teilzahlungskredit in Österreich. Oktober 1954.

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Fortsetzung

Sonderhefte

- Nr. 1 Gedanken zur Neuordnung der österreichischen Währung. 1945. (Vergriffen.)
- Nr. 2 Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft. März 1946.
- Nr. 3 Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung. November 1946.
- Nr. 4 Umstellung der Wirtschaft auf heimische Energiequellen. Mai 1947.
- Nr. 5 Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1947. April 1948.
- Nr. 6 Die Produktivität der österreichischen Industrie. Mai 1949.
- Nr. 7 Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1948 und 1949. September 1950.
- Nr. 8 Die österreichische Papierindustrie. März 1951.

Schriftenreihe „Vorträge und Aufsätze“

- Dr. Franz Nemschak: Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik. Februar 1947.
- Dr. Rolf Grünwald: Zur Methodik der Wirtschaftsplanung. April 1947.
- Dr. Franz Nemschak: Österreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft. Oktober 1948.
- Dr. Franz Nemschak: Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept. Dezember 1951.
- Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. November 1952.
- Dr. Franz Nemschak: Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion. April 1953.
- Dr. Franz Nemschak: Öffentliche und private Wirtschaft im Dienste der Gesamtwirtschaft. Oktober 1953.
- Dr. Franz Nemschak: Liberalisierung und Zollpolitik in Österreich. Juli 1954.
- Dr. Franz Nemschak: Investitionsfinanzierung und Kapitalmarkt. Oktober 1954.
- Dr. Franz Nemschak: Konjunkturstabilisierung, gegenwärtig das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaftspolitik. November 1954.

Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich:
Dr. Franz Nemschak. Alle: Wien, I., Wipplingerstraße 34.

Auslieferung durch die Verlagsbuchhandlung der Carl Ueberreuterschen Buchdruckerei und
Schriftgießerei, Wien, IX., Alser Straße 21.

Druck von Carl Ueberreuter in Wien.